



Liebe Genossinnen und Genossen,  
 liebe Freunde,

in der letzten Sitzungswoche haben wir „das Runde ins Eckige“ versenkt: Die Ehe für alle ist beschlossen. Zwölf Jahre hat die CDU/CSU blockiert, doch wir haben nicht aufgegeben. In dieser Legislaturperiode hatten wir einen Gesetzentwurf in den Rechtsausschuss eingebracht. Da die CDU/CSU hier nicht zustimmen wollte, wurde der Antrag nicht zurückgezogen, sondern von der SPD geschoben. Dies hat jetzt dazu geführt, dass wir einen fertigen Gesetzentwurf zur Zustimmung vorliegen hatten. Die CDU hat zwar heute im Plenum gegen eine Änderung der Tagesordnung gestimmt. Letztendlich haben wir uns aber durchgesetzt.

Insgesamt haben wir in den vier Jahren sehr viel erreicht: Mindestlohn, Leiharbeit reguliert, Kitaplätze, ElterngeldPlus, höheres BAföG, mehr Erwerbsminderungsrente, gesetzliche Frauenquote, Rente nach 45 Beitragsjahren, Milliarden-Entlastungen für unsere Städte, modernes Teilhabegesetz, Frackingverbot und, und, und. Darauf können wir ein Stück weit stolz sein, denn es sind unsere Forderungen, die wir umgesetzt haben.

---

### Unser Wahlprogramm

Zwei Jahre hat die SPD zusammen mit Bürgern, Verbänden und Gewerkschaften in vielen Veranstaltungen und Gesprächen an ihrem Wahlprogramm gearbeitet. Auch ich habe in einer Perspektivgruppe zu den Themen Mittelstand und Innovationen mitgewirkt.

Auf dem Bundesparteitag in Dortmund wurde es nun einstimmig verabschiedet. Es ist ein starkes Programm für mehr Gerechtigkeit, eine sichere Zukunft und ein geeintes Europa. Hier einige wesentliche Punkte daraus:

#### Familien

Wir wollen, dass Familie und Beruf besser miteinander vereinbar sind. Deswegen fordern wir die Einführung einer Familienarbeitszeit. Damit können Eltern ihre Arbeitszeit reduzieren und bekommen ein Familien-

#### **Kontakt**

##### Berliner Büro

Tel.: 030 227-78494

Fax: 030 227-76496

sabine.poschmann  
 @bundestag.de

##### Wahlkreis Büro

Tel.: 0231 286 786 18

Fax: 0231 286 786 16

sabine.poschmann.ma04  
 @bundestag.de

[www.sabine-poschmann.de](http://www.sabine-poschmann.de)

<https://www.facebook.com/poschmann.spd>

#### **Links**

<http://www.spdfraktion.de/>

<http://www.bundestag.de/>

<http://www.spd.de/>

geld von 300 Euro monatlich vom Staat. Zudem müssen wir die Kinderbetreuung weiter ausbauen. Wir brauchen mehr und bessere Kitas. Die Gebühren müssen Schritt für Schritt abgeschafft werden.

### Arbeit

Arbeitnehmer wollen Sicherheit und nicht von Job zu Job wechseln müssen. Deshalb gehört die grundlose Befristung von Arbeitsverträgen abgeschafft. Teilzeitbeschäftigte, das sind vor allem Frauen, müssen in Vollzeit zurückkehren können.

Darüber hinaus brauchen wir einen Wandel bei der Arbeitsversicherung. Wer seinen Job verliert, braucht Unterstützung, um wieder in Arbeit zu kommen. Mit unserem Arbeitslosengeld für Qualifikation (ALG Q) erhalten alle, die nach drei Monaten noch keinen neuen Job gefunden haben, die Möglichkeit zur Weiterbildung. Der Bezug von Arbeitslosengeld I wird dadurch auf maximal 48 Monate verlängert.

Und auch für Langzeitarbeitslose brauchen wir endlich echte Perspektiven. Sie wollen arbeiten. Deswegen soll das Bundesprogramm „Soziale Teilhabe“ zur dauerhaften Regelleistung ausgebaut werden.

### Steuern

Wir wollen Arbeitnehmer mit mittleren und kleinen Einkommen bei Steuern und Abgaben besser stellen. Unser Konzept entlastet sie um jährlich 15 Milliarden Euro. Im Gegenzug wollen wir den Spitzensteuersatz und die Reichensteuer anheben, aber erst ab einem höheren Jahreseinkommen als bisher. Denn starke Schultern können und müssen mehr tragen als schwache.

Und auch die Erbschaftssteuer wollen wir einer umfassenderen Reform unterziehen. Wir brauchen weniger Ausnahmen, damit endlich eine gerechtere Verteilung gesichert ist. Zudem muss die Umsatzsteuer für Finanzprodukte kommen. Viele Manager verdienen das 50 oder gar 100-fache ihrer Beschäftigten. Diese Ungerechtigkeit wird dann auch noch durch die steuerliche Absetzbarkeit begünstigt. Deshalb wollen wir diese bei Managergehältern auf 500.000 Euro begrenzen.

### Rente

Wir wollen eine gute und verlässliche Rente, ohne die jüngere Generation zu stark zu belasten. Deshalb muss jetzt gehandelt werden, denn sonst droht ein Absinken des Rentenniveaus unter 48 Prozent. Gleichzeitig wollen wir den Beitrag zur Rentenversicherung nicht über 22 Prozent steigen lassen. Wer sein Leben lang gearbeitet hat und dann nur geringste Rentenansprüche hat, soll eine Solidarrente bekommen.

Auf keinen Fall wollen wir Arbeitnehmern zumuten, dass sie bis 70 arbeiten müssen – wie öfter in der CDU gefordert. Eine weitere Anhebung des Renteneintrittsalters ist mit uns nicht zu machen.

---

### **Neuordnung der Pflegeberufe**

Um bessere Bedingungen für Pflegefachkräfte zu schaffen und gegen den Fachkräftemangel vorzugehen, haben wir die Reform der Pflegeberufe

auf den Weg gebracht. Sie sieht eine zweijährige allgemeine Ausbildung statt der bisher separaten Berufsausbildungen in der Alten-, Kranken- und Kinderkrankenpflege vor. Danach sollen die angehenden Pfleger die allgemeine Ausbildung entweder fortsetzen oder sich im letzten Jahr zum Alten- bzw. Kinderkrankenpfleger spezialisieren können.

Wir haben uns zudem dafür eingesetzt, dass die Pflegeausbildung künftig für alle Auszubildenden kostenfrei ist. Das war bislang nicht überall der Fall. Zudem wird es möglich sein, ein dreijähriges Pflegestudium zum Beispiel für besondere Leitungsaufgaben zu absolvieren. Der neue Ausbildungsberuf mit dem Abschluss "Pflegefachfrau/Pflegefachmann" soll zum 1. Januar 2020 starten.

---

### **Keine staatliche Finanzierung für verfassungsfeindliche Parteien**

Verfassungsfeindliche Parteien lehnen unsere Demokratie und unseren Staat ab, halten aber die Hand auf, wenn es staatliche Gelder gibt. Im Fall der NPD haben wir gesehen, dass es sehr schwer ist, solche Parteien zu verbieten. Deswegen gehen wir jetzt einen anderen Weg: Der öffentliche Geldhahn wird zugedreht.

Wenn Parteien zum Ziel haben, unsere demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen, kann das Bundesverfassungsgericht sie zukünftig von der staatlichen Finanzierung ausschließen.

---

### **Abzug aus der Türkei**

Im Bundestag haben wir uns für einen Abzug der Bundeswehr-Soldaten aus dem türkischen Incirlik ausgesprochen. Grund ist, dass die türkische Regierung unseren Abgeordneten den Besuch unserer Soldaten verweigerte. Trotz aller diplomatischen Bemühungen – zuletzt durch Sigmar Gabriel – rückte unser NATO-Partner Türkei nicht von seiner Position ab.

Vielmehr beharrte die Regierung in Ankara darauf, dass wir zuerst mehrere türkische Soldaten ausliefern sollten, die nach dem Putschversuch bei uns Asyl beantragt hatten. Eine nicht haltbare Forderung, denn Asyl ist ein Grundrecht. Mit der Verlagerung unserer Soldaten nach Jordanien haben wir nun einen Schlusstrich unter diesen Erpressungsversuch gezogen.

---

### **Weniger Bürokratie für bürgerschaftliche Unternehmen**

Wir erleichtern die Gründung von unternehmerischen Initiativen durch engagierte Bürger. Zukünftig wird es eine neue Unternehmensform geben, die die Gründung von Dorfläden, Kitas oder Bürgerstrom-Vorhaben erleichtert. Denn bisher hatten bürgerschaftliche Initiativen mit sehr viel Bürokratie zu kämpfen, wenn sie aus diesen heraus unternehmerisch tätig wurden.

Darüber hinaus wird es auch möglich sein, dass sich ganz kleine unternehmerische Initiativen von Bürgern als Verein registrieren können. Und auch Genossenschaften haben wir von Bürokratie entlastet.

---

## **Solarausbau auf Miethäusern fördern**

Solaranlagen auf den Dächern von Miethäusern werden zukünftig staatlich gefördert. Dadurch lohnt es sich für Vermieter, den selbst erzeugten Strom an ihre Mieter zu verkaufen. Bisher hatte es sich kaum gerechnet, Solaranlagen zu installieren, denn Kosten und Einnahmen standen in keinem Verhältnis. Mieter können jedoch weiterhin selbst entscheiden, welchen Stromanbieter sie nutzen wollen. Sie müssen ihren Strom nicht vom Vermieter beziehen.

---

## **Gegen Hass in sozialen Netzwerken**

Durch Hass und Hetze im Netz werden viele Menschen an der freien Meinungsäußerung gehindert. Der digitale Raum kann aber nicht denjenigen überlassen werden, die andere bedrohen und einschüchtern. Deswegen bekämpfen wir strafbare Falschmeldungen, Hetze und Hassreden mit einem neuen Gesetz.

Soziale Netzwerke werden künftig Beschwerden von Nutzern zügiger und umfassender bearbeiten müssen. Sie werden verpflichtet, für den Umgang mit Hasskriminalität und anderen strafbaren Inhalten ein wirksames Beschwerdemanagement einzurichten. Über ihre Anstrengungen werden sie Bericht ablegen müssen. Sollten die Unternehmen diesen Pflichten nicht nachkommen, können Bußgelder gegen sie verhängt werden.

---

Die letzte Berlin-Woche in dieser Legislatur ist nun vorbei. Bis zum Wahltag werde ich jetzt mit ganzer Kraft für ein hervorragendes SPD-Ergebnis kämpfen.

Ich freue mich, euch an meiner Seite zu wissen! Die Stimmung in den Ortsvereinen ist gut. Ihr macht euch Gedanken, in welcher Form ihr mich unterstützen könnt. Das gibt mir Kraft und zusätzlichen Schub.

Auf einige größere Termine möchte ich euch noch aufmerksam machen und bitte um rege Teilnahme:

7. Juli, 15.30 Uhr Wahlkampfauftakt auf der Rathaustreppe

1. September, 18 Uhr ASF-Sommerfest im Biergarten des Wasserschlosses Haus Rodenberg

3. September, 9 - 17 Uhr; Team Poschmann startet beim Drachenbootrennen

Euch allen wünsche ich einen schönen Sommer!

Liebe Grüße

Eure 